

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/584 –**

Buslenkzeiten anpassen – Mittelständische Busunternehmen retten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der im Wesentlichen beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich dafür einzusetzen, dass die 12-Tage-Regelung für den Personenverkehr auf europäischer Ebene erhalten bleibt, im Europäischen Rat gegen den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu stimmen, gegebenenfalls zu prüfen, inwieweit auf der Ebene des nationalen Rechts die Wettbewerbsfähigkeit der Bustouristik bei mehr als sechstägigen Reisen sichergestellt werden kann und sich zukünftig verstärkt für die Schaffung flexibler Regelungen für die Busreisebranche einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags und Ablehnung der Entschließung.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 16/584 – abzulehnen und
2. folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bisher galt für das Omnibusgewerbe anders als für das Güterkraftverkehrsgewerbe die Regelung, dass Busfahrer an zwölf aneinanderfolgenden Tagen lenken dürfen. Diese Regelung wurde nun im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zu den Sozialvorschriften den Regelungen für das Güterkraftverkehrsgewerbe angepasst, d. h., nach sechs Tagen muss eine wöchentliche Ruhezeit eingelegt werden. Das deutsche Omnibusgewerbe befürchtet aufgrund dieser Regelung negative Auswirkungen.

Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung,

bis zum Ende der Legislaturperiode die Auswirkungen der neuen Lenk- und Ruhezeiten für das deutsche Omnibusgewerbe aufmerksam zu beobachten und dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Bericht zuzuleiten.“

Berlin, den 19. Juni 2006

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Klaus Hofbauer
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus Hofbauer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/584** in seiner 26. Sitzung am 17. März 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich dafür einzusetzen, dass die 12-Tage-Regelung für den Personenverkehr auf europäischer Ebene erhalten bleibt, im Europäischen Rat gegen den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu stimmen, gegebenenfalls zu prüfen, inwieweit auf der Ebene des nationalen Rechts die Wettbewerbsfähigkeit der Bustouristik bei mehr als sechstägigen Reisen sichergestellt werden kann und sich zukünftig verstärkt für die Schaffung flexibler Regelungen für die Busreisebranche einzusetzen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/584 in seiner 10. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung. Den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung gegen Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/584 in seiner 13. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD haben dazu einen Entschließungsantrag eingebracht (Ausschussdrucksache 16(15)273), dessen Inhalt sich aus Nummer 2 der Beschlussempfehlung ergibt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies auf den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 16(15)273 hin. Man wolle zunächst Erfahrungen sammeln und mit den gewonnenen Erfahrungswerten solle dann versucht werden, die nationalen Spielräume auszuloten. Mit dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD glaube man, dem Anliegen des Omnibusgewerbes gerecht zu werden.

Die **Fraktion der SPD** betonte, es gehe bei der vorgesehenen Regelung darum, die Busreisicherheit und die Bedingungen für die Busfahrer zu verbessern. Sie gehe davon aus, dass der von den Koalitionsfraktionen vorgesehene Bericht am Ende der Legislaturperiode zu positiven Resultaten kommen werde. Die Reiseunternehmen würden sich bereits jetzt auf die Regelung einstellen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die vorgesehene Regelung sei für die Bustouristik unnötig. Es habe in den letzten zehn Jahren keinen Verkehrsunfall gegeben, welcher auf einen Verstoß gegen die 12-Tage-Regelung zurückzuführen gewesen sei. Die Busfahrer würden mit der neuen Regelung gezwungen, einen freien Tag abseits der Familie und in fremder Umgebung mit den Fahrgästen zu verbringen. Tatsächlich sei dies dann auch kein freier Tag, da die Fahrgäste erwarten würden, dass der Fahrer sich auch in dieser Zeit um sie kümmere. Der Antrag der Koalitionsfraktionen, eine Bewertung über die Auswirkung der vorgesehenen Regelung am Ende der Legislaturperiode abzugeben, sei entbehrlich, da man schon jetzt wisse, dass diese Regelung überflüssig und mittelstandsfeindlich sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, wenn man mit Busfahrern spreche, fänden diese es sinnvoll, die Lenkzeiten zu verringern. Als Lösungsansatz könne man beispielsweise einen Fahrerwechsel in der Mitte der Reise vornehmen, was allenfalls ein wirtschaftliches, aber kein europarechtliches Problem sei. Sie lehne den Antrag der Fraktion der FDP ab, da sie ihn als übereilt erachte und man sich an den Bedürfnissen der Busfahrer und der Sicherheit der Reisenden orientieren wolle. Dem Vorschlag der Koalitionsfraktionen könne sie zustimmen, da es sich hierbei um einen ergebnisoffenen Prozess handele.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie lehne den Antrag der Fraktion der FDP ab, da sie keinen Grund sehe, warum die Sicherheitsvorschriften beim Personenverkehr weniger strikt sein sollten als beim Gütertransport. Sie stimme dem Vorschlag der Koalitionsfraktionen zu, wenn es eine ergebnisoffene Prüfung sei.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/584.

Den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 16(15)273 hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Berlin, den 19. Juni 2006

Klaus Hofbauer
Berichtersteller